

Mehr Einfluss der Bürger

Die Bürgerinnen und Bürger der EU erhalten durch den Vertrag von Lissabon **neue Möglichkeiten**, die Politik der EU direkt und indirekt stärker zu beeinflussen.

Das Europäische Parlament wird mächtiger.

Das Europäische Parlament (EP), direkt von den Bürgerinnen und Bürger gewählt, wird zum gleichberechtigten Gesetzgeber neben dem Ministerrat, in dem die Regierungen der 27-EU-Mitgliedstaaten vertreten sind. Kaum ein europäisches Gesetz kann mehr ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments beschlossen werden.

Die Bürger können nun selbst die Initiative ergreifen. Durch die neue **„Europäische Bürgerinitiative“** können eine Million Bürger aus verschiedenen EU-Staaten die Europäische Kommission direkt auffordern, sich mit einem bestimmten Anliegen zu beschäftigen und eventuell sogar einen Gesetzentwurf vorzulegen. Außerdem sind **99 deutsche Abgeordnete im EP** für Ihre Anregungen, Kritik und Vorschläge offen.

Der Vertrag von Lissabon



Weitere Informationsquellen

www.bundesregierung.de

Unter der Internetadresse der Bundesregierung finden Sie zahlreiche Informationen zur aktuellen Europapolitik und zum Vertrag von Lissabon.

www.europa.eu

Die Internetadresse der Europäischen Union informiert in allen 23 Amtssprachen über die EU. Das Angebot ist sehr umfangreich. Eine Suchfunktion hilft bei der Orientierung.

www.europarl.europa.eu/

Die Internetseite des Europäischen Parlaments ermöglicht einen Einblick in die laufende Arbeit der Vertretung der Unionsbürger. Sie finden die Namen und Adressen der Europaabgeordneten, viele Dokumente und können Plenarsitzungen auch in deutscher Übersetzung verfolgen.

www.bpb.de

Bei der Bundeszentrale für politische Bildung können Sie den Vertrag von Lissabon bestellen. Sie finden sowohl im Internet als auch in Buch- und Broschürenform zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union.

Online gibt es den Vertrag von Lissabon auf Deutsch http://europa.eu/lisbon_treaty/full_text/index_de.htm

Herausgeber

„Aktion Europa“ (Europäische Kommission, Europäisches Parlament und Bundesregierung), 10117 Berlin

Stand

Februar 2010

Bildnachweis

f1/ Juice Images
Stefan Boness/Ipon
interTOPICS/Landov LLC
f1/ Westend61

aktion europa



Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon

Was ändert sich für Sie?

Die Europäische Union (EU) bestimmt weite Teile unseres täglichen Lebens. Deutschlands Bürgerinnen und Bürger wünschen sich von der Europäischen Union:

- Mehr demokratische Mitbestimmung bei europäischen Entscheidungen: Für 52 Prozent der Deutschen ist die demokratische Mitbestimmung das wichtigste Element einer europäischen Identität.
- Mehr gemeinsame Anstrengungen zum Schutz der Umwelt und des Klimas wünschen sich 84 Prozent der Deutschen.
- Mehr europäische Entscheidungen im Kampf gegen Terrorismus und organisiertes Verbrechen wünschen sich 85 Prozent der Deutschen. (Eurobarometer 71, 2009)

Der Vertrag von Lissabon, ein großer Schritt nach vorn:

Der Vertrag, der seit dem 1. Dezember 2009 in Kraft ist, macht die Europäische Union

- **demokratischer** und offener für direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und
- **handlungsfähiger** gegenüber den Herausforderungen in Europa und der Welt





Feuerwerk zur Vertragsunterzeichnung
am Lissaboner Belem Turm

Mehr Mitsprache für Bundestag und Bundesrat

Auch die Abgeordneten in den nationalen Parlamenten, bei uns Bundestag und Bundesrat, können künftig bei der europäischen Gesetzgebung mehr mitbestimmen. Die Bundesregierung arbeitet in EU-Angelegenheiten eng mit Bundestag und Bundesrat zusammen. Wenn sich eine Mehrheit der nationalen Parlamente gegen ein Vorhaben ausspricht, muss es die EU-Kommission überprüfen.

Klare Kompetenzen für die EU

Die Europäische Union soll nur für die Politikbereiche zuständig sein, in denen sie besser handeln kann als die Mitgliedstaaten allein.

Was auf europäischer Ebene geregelt werden darf, ist im Vertrag klar festgelegt. Über neue Zuständigkeiten entscheiden nur die Mitgliedstaaten. Aber in wichtigen Bereichen haben sie im Vertrag von Lissabon der EU auch weitere Aufgaben zugewiesen:

Mehr Klimaschutz und Energiesicherheit

Die Bekämpfung des Klimawandels wird durch den Vertrag von Lissabon zu einem verpflichtenden Ziel für alle Mitgliedstaaten. Auch eine gemeinsame und solidarische Energiepolitik ist im Vertrag vorgesehen. Die Mitgliedstaaten arbeiten zusammen für eine **sichere und umweltfreundliche Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen**.

Mehr Solidarität bei Naturkatastrophen

Für Naturkatastrophen wie Überschwemmungen oder Waldbrände in Europa schafft der neue Vertrag die Voraussetzung für schnelle Hilfe und **koordinierte Zusammenarbeit innerhalb der EU**.

Mehr Freiheit und Sicherheit

Durch den Vertrag von Lissabon können die Polizei- und Justizbehörden in den Mitgliedstaaten erheblich besser zusammenarbeiten zum **Schutz vor organisierter Kriminalität und Terrorismus**. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit z.B. bei Zivilprozessen oder Familienangelegenheiten wird erleichtert. Für die Einwanderung und die Gewährung von Asyl gibt es künftig mehr gemeinsame Regelungen.

Europa sozial gestalten

Die Sozialpolitik bleibt in erster Linie Sache der einzelnen Mitgliedstaaten. Sie verpflichten sich aber im Vertrag von Lissabon, eine **soziale Marktwirtschaft** in ganz Europa zu verwirklichen.

Europa garantiert Ihre Grundrechte

Durch den Vertrag wird die **Europäische Grundrechtecharta** verbindlich. Die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands können diese Rechte notfalls einklagen.

Neben den allgemeinen Freiheits- und Gleichheitsrechten sind auch soziale und wirtschaftliche Rechte in der Charta niedergelegt.

Ein handlungsfähigeres Europa

Viele Entscheidungen der EU zum Beispiel im Bereich der Rechts- und Innenpolitik können in Zukunft **im Ministerrat mit Mehrheit** (statt einstimmig) getroffen werden. Damit muss nicht mehr immer der kleinste gemeinsame Nenner der 27 Mitgliedstaaten gefunden werden.

Der Vertrag regelt auch den Austritt aus der EU.

Die Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Union



Bundeskanzlerin
Angela Merkel
unterschreibt
den Vertrag
von Lissabon

Mehr Mitsprache in der Welt

Die Staaten Europas können in den großen Fragen unserer Zeit,

- **Frieden, Freiheit, Sicherheit und Umweltschutz**
- **Welthandel, Entwicklung und Armutsbekämpfung,**
- **Internationale Finanzordnung**

die Weltpolitik nur dann mitbestimmen, wenn sie mit einer Stimme sprechen. Das erwarten die Partner in der Welt auch von Europa.

Der Vertrag von Lissabon verbessert hierfür die Voraussetzung: Die EU hat jetzt eine Art europäische Außenministerin: Die Britin Catherine Ashton ist „**Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik**“. Sie vertritt die EU nach außen und wird zukünftig über einen eigenen diplomatischen Dienst verfügen.

Auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs hat ein **Präsident den Vorsitz im Europäischen Rat übernommen**. Er wurde für **zweieinhalb Jahre gewählt** und führt die Geschäfte. Als erster hat der Belgier Herman Van Rompuy diese Aufgabe übernommen. Er wird für mehr Kontinuität in der Europapolitik sorgen, Impulse geben und Europa international wahrnehmbarer machen.